

Zur Wirtschaftslage	
Westliche Industrieländer: Aufschwung in kritischer Phase	461
Bundesrepublik Deutschland: Aufschwung gewinnt an Tempo, Nachhaltigkeit aber ungesichert	464

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 50/76

Berlin

16. Dezember 1976

43. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer: Aufschwung in kritischer Phase

Der Wirtschaftsaufschwung hatte in der ersten Jahreshälfte ein Ausmaß angenommen, das zu der Hoffnung berechtigte, die Selbstverstärkungskräfte würden sich durchsetzen und auf eine Verstetigung des Wachstumsprozesses hinwirken. Seit der Sommerpause hat indes die Expansion in den meisten Ländern noch nicht wieder das Tempo erreicht, das den Konjunkturprognosen entspricht. Zwar wurde damit gerechnet, daß sich das Wachstum etwas verlangsamen würde, da die starken expansiven Effekte der Lagerbewegung sich abschwächen und schließlich wegfallen mußten. Es war aber ebenfalls erwartet worden, daß die Bereitschaft zur Anlageinvestition sich verstärken werde. In den meisten Ländern sind die Anlageinvestitionen bisher jedoch nicht im erwarteten Ausmaß gestiegen.

Die sich aus der vorangegangenen Rezession ergebende Chance, insbesondere die Reserven von Arbeitskräften für die Ausdehnung der Anlageinvestitionen zu nutzen, wird damit unzureichend wahrgenommen. Eine deutliche Anhebung der Investitionsquote über das vor der Rezession erreichte Maß ist jedoch erforderlich, soll das Wachstum längerfristig gesichert werden. Dies ließe sich realisieren, ohne daß die Herausbildung von Engpässen befürchtet werden müßte, weil eine zurückhaltende Lohnpolitik, zu der sich die Gewerkschaften bei hoher Arbeitslosigkeit in vielen Ländern bereitgefunden haben, die Zunahme des privaten Verbrauchs in engen Grenzen hält. Der private Verbrauch spielt deshalb gegenwärtig meist keine konjunkturstüt-

zende Rolle, nachdem die Wirkungen der vor Beginn des Aufschwungs ergriffenen verbrauchsanregenden Maßnahmen abgeklungen sind.

Offensichtlich dämpft aber die nur mäßige Expansion der Verbrauchernachfrage die Absatzerwartungen der Unternehmen und damit ihre Investitionsbereitschaft. Dem steht — als Investitionsanreiz — gegenüber, daß sich die Gewinnsituation in den meisten Ländern erheblich verbessert hat. In dieser Situation kommt alles darauf an, die Absatzerwartungen zu stärken. Allerdings ist eine Beschleunigung des Lohnanstiegs hierfür gegenwärtig nicht das geeignete Mittel, da hierdurch die Ertragserwartungen der Unternehmen beeinträchtigt würden.

Absatzsteigernd, aber nicht zugleich kostenerhöhend würde dagegen eine verstärkte Zunahme der Staatsausgaben, der Exporte oder der Investitionen selbst wirken. Die hohen Haushaltsdefizite, die die öffentliche Hand in den meisten Ländern schon jetzt hinnehmen muß, engen ihren Aktionsspielraum indes erheblich ein, so daß von der Entwicklung der öffentlichen Ausgaben keine kräftigen Expansionseffekte ausgehen. Vom Export sind zusätzliche Impulse höchstens für einige Länder zu erwarten, deren Wettbewerbsstellung besonders stark ist. Für die Gesamtheit der Länder ist dagegen die Exportentwicklung kein autonomer, die Binnenkonjunktur bestimmender Faktor.

In der gegenwärtigen Situation liegt die Aufgabe, zur Verbesserung der Absatzsituation beizutragen,

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte ¹⁾ 1975 in vH		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
	B S P	Ausfuhr der BRD	1974			1975			1976 ²⁾		
			real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾
Bundesrepublik Deutschland .	11,4	—	0,5	7,5	6,9	-3,2	4,7	8,1	6	9,5	3,5
Frankreich	9,1	17,9	2,9	14,7	11,5	-1,2	12,6	14,0	5	15	9,5
Großbritannien	6,2	7,0	0,2	13,6	13,4	-1,3	26,2	27,9	2,5	19,5	16,5
Italien	4,6	11,2	3,4	20,8	16,8	-3,7	13,2	17,5	4	21,5	17
Niederlande	2,2	15,3	2,4	11,3	8,7	-1,1	9,8	11,0	3,5	13	9
Belgien	1,7	11,6	4,2	17,4	12,7	-1,8	10,2	12,2	4,5	14,5	9,5
Dänemark	1,1	3,2	1,4	12,7	11,1	-1,3	11,5	13,0	5	13,5	8
Irland	0,2	0,4	-0,1	7,5	7,6	-1,0	21,6	22,8	3	19,5	16
EG	36,5	—	1,7	12,9	10,9	-2,2	12,3	14,7	4,5	14,5	9,5
Schweden	1,9	5,6	4,1	13,5	9,0	0,6	15,0	14,3	2	12	10
Schweiz	1,5	6,6	2,0	8,7	6,6	-7,3	-1,0	6,8	1	3	2
Osterreich	1,0	6,8	4,1	15,0	10,5	-2,0	6,7	8,9	4	12	7,5
Norwegen	0,8	2,4	5,3	15,7	9,9	3,3	14,7	11,0	5,5	16	10
Europäische Industrieländer . .	41,7	—	2,0	12,9	10,7	-2,1	11,9	14,3	4,5	14	9,5
Europäische Industrieländer ohne BRD	30,3	—	2,6	15,0	12,1	-1,7	14,6	16,6	4	16	11,5
Europäische Industrieländer ohne BRD ⁴⁾	—	88,0	2,9	14,6	11,3	-1,9	11,7	13,8	4	14,5	10
USA	40,9	9,1	-1,7	8,2	10,1	-1,8	7,3	9,3	6	12,5	6
Kanada	4,3	1,3	3,2	18,0	14,3	0,6	11,4	10,7	5	13	7,5
Japan	13,1	1,6	-1,2	19,3	20,7	2,1	9,4	7,1	6,5	16	9
Außereuropäische Industrie- länder	58,3	—	-1,2	11,4	12,8	-0,7	8,1	8,9	6	13,5	7
Außereuropäische Industrie- länder ⁴⁾	—	12,0	-1,1	10,7	12,0	-1,0	8,0	9,2	6	13	6,5
Insgesamt	100,0	—	0,1	12,0	11,9	-1,3	9,7	11,1	5,5	13,5	8
Insgesamt ohne BRD	88,6	—	0,1	12,6	12,6	-1,1	10,3	11,5	5,5	14	8,5
Insgesamt ohne BRD⁴⁾	—	100,0	2,4	14,1	11,4	-1,8	11,3	13,2	4	14,5	10

¹⁾ Auf Dollarbasis. — ²⁾ Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet. — ³⁾ Deflationierungsfaktor. — ⁴⁾ Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

bei den Unternehmen. Sie müssen mit ihren Investitionen der Entwicklung der Endnachfrage voraneilen. Erst im Anschluß daran ist auch eine Beschleunigung der Lohnsaterhöhungen erwünscht. Die vorübergehend starke Zunahme der Investitionen würde dann in einen ausgeglichenen, den privaten Verbrauch ebenfalls erfassenden Wirtschaftsaufschwung übergeleitet werden.

Erfüllen aber die Unternehmen diese Aufgabe nicht, so wird den Regierungen schon bald nichts anderes übrig bleiben, als konjunkturstützende Maßnahmen zu ergreifen. Die Regierungen stehen dabei vor der Wahl, entweder die Investitionen zu fördern oder den Verbrauch anzuregen. Eine Investitionsförderung, etwa durch Abschreibungserleichterungen oder direkte Investitionssubventionen, würde zwar die Ertragslage der Unternehmen weiter verbessern, kaum jedoch ihre Absatzerwartungen. Diese würden eher durch verbrauchsanregende Maßnahmen positiv beeinflusst. Würden solche Maßnahmen ergriffen, so bliebe allerdings die Chance für eine reibungslose Produktionsumschichtung zugunsten der Investitionen ungenutzt. Es bestünde die Gefahr, daß sich schließlich Konsum- und Investitionsgüternachfrage kumulieren würden. Wegen der nur geringen

Kapazitätsausweitung in den letzten Jahren käme es dann schnell zu Übersteigerungen.

Charakteristisch für die gegenwärtige weltwirtschaftliche Situation ist die Lage in den U S A. Nachdem sich das Wachstum des realen Sozialprodukts im zweiten Quartal erheblich abgeschwächt hatte, blieb die für das dritte Quartal erwartete Beschleunigung aus. Die industrielle Produktion ist im dritten Quartal sogar leicht zurückgegangen. Dieser unbefriedigende Konjunkturverlauf war vor allem dadurch bedingt, daß die private Nachfrage nach Verbrauchsgütern nur noch verlangsamt zunahm und das Wachstum der Anlageinvestitionen trotz beträchtlich verbesserter Gewinne sich nicht verstärkte.

Kommt es, wie zu befürchten ist, auch im vierten Quartal zu keiner Beschleunigung des Investitionswachstums, so ist das ein Zeichen dafür, daß die Abschwächung der Expansion des privaten Verbrauchs die Absatzerwartungen der Unternehmen und damit die Investitionsbereitschaft beeinträchtigt hat. Die Investitionsanregung wird dann schwieriger werden. Ergriffe die neue, Anfang nächsten Jahres ins Amt tretende Regierung in diesem Fall erneut verbrauchsanregende Maßnahmen, so könnte das leicht vom Ziel der Konjunkturverfestigung abführen.

Auch in Großbritannien ist der konjunkturelle Aufschwung ins Stocken geraten. Seit dem zweiten Quartal sinkt das reale Sozialprodukt. Außer dem Problem der Investitionsanregung sind in Großbritannien die Aufgaben der außenwirtschaftlichen Gesundung und der weiteren Verlangsamung des Preisauftriebs zu bewältigen. Verbrauchsbelebende Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur verbieten sich deshalb hier von vornherein. Es kommt vielmehr darauf an, freistehende Kapazitäten zur Steigerung des Exports und der Investitionen zu nutzen. Nach der starken Pfundabwertung im Laufe dieses Jahres könnte der Export durchaus die Rolle des primären Expansionsfaktors spielen. Voraussetzung hierfür wäre allerdings, daß die mit der Abwertung einhergehende Verteuerung der Importe der Inflation nicht erneut Nahrung gibt, d. h. daß der Sozialkontrakt zwischen Unternehmen und Gewerkschaften eingehalten wird.

Die Aufrechterhaltung des einkommenspolitischen Konsens ist auch die Bedingung für eine Investitionsbelegung, die durch eine anhaltende Exportzunahme induziert werden könnte. Je später indes die im Sozialkontrakt vereinbarte Lohn- und damit Verbrauchszurückhaltung für eine Verstärkung des Export- und Investitionswachstums genutzt wird, die für die langfristige Gesundung der britischen Wirtschaft notwendig ist, desto weniger werden die Gewerkschaften ihr jetziges Verhalten als weiterhin sinnvoll ansehen. Wenn sich der Lohnanstieg erneut beschleunigte, würde sich sehr rasch das britische Leistungsbilanzdefizit vergrößern und der Preisanstieg verschärfen. Es gibt daher keine Alternative zu der mit dem Abschluß des Sozialkontrakts eingeleiteten Politik.

In Frankreich hat sich das Wachstumstempo ebenfalls abgeschwächt. Gleichzeitig hat die Unsicherheit über das zukünftige Wirtschaftswachstum zugenommen.

Die gegenwärtige Konjunkturentwicklung wird in Frankreich — im Unterschied zu anderen Ländern — nur noch durch die private Verbrauchsnachfrage gestützt. In der Investitionsgüterindustrie nehmen die Auftragsbestände dagegen nicht mehr zu, und die Investitionen steigen nur noch langsam. Die Zunahme wird hier von den öffentlichen Investitionen sowie denen der großen staatlichen Unternehmen getragen.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung hängt entscheidend vom Erfolg des „Barre-Plans“ ab, der vorsieht, den Anstieg der Lohnstückkosten zugunsten einer besseren Gewinnentwicklung zu dämpfen. Als Voraussetzung hierfür soll ein allgemeiner Preisstopp, der in einigen Wirtschaftsbereichen bis April 1977 gilt und anschließend voraussichtlich durch

Preiskontrollen ersetzt wird, zusammen mit einer im Januar wirksam werdenden Senkung der Mehrwertsteuer den Preisanstieg im nächsten Jahr auf 6,5 vH begrenzen. Nach der Vorstellung der Regierung sollen sich auch die Lohnsteigerungen in diesem Rahmen halten, wobei der öffentliche Sektor beispielgebend sein soll.

Von einer Stagnation des Reallohns würde indes zunächst vor allem der private Verbrauch betroffen werden. Damit würden Produktionsfaktoren für eine Verstärkung des Wachstums von Exporten und Investitionen frei; außerdem könnte die Dämpfung der Binnennachfrage dazu führen, daß die Importe langsamer steigen, so daß das hohe Handelsbilanzdefizit im Verlauf des nächsten Jahres abgebaut wird. Es ist jedoch fraglich, ob diese hochgesteckten Ziele erreicht werden. Vielmehr besteht die Gefahr, daß die inländische Nachfragedämpfung lediglich zu einer Verschlechterung der Absatzerwartungen führt. Es ist daher nicht sicher, daß die Regierung ihre Strategie durchhalten kann. Die äußerst unbefriedigende Entwicklung am Arbeitsmarkt könnte sie im Laufe des Jahres 1977 veranlassen, die restriktive Wirtschaftspolitik wieder zu lockern.

In Italien war keine so ausgeprägte Sommerpause zu verzeichnen wie in anderen größeren Industrieländern. Allerdings hat sich auch hier das Wachstumstempo im Sommerhalbjahr etwas verlangsamt. Die Industrieproduktion war in den ersten drei Quartalen 1976 um reichlich 9 vH höher als zur gleichen Vorjahrszeit.

Die Gesamtnachfrage wurde vor allem vom privaten Verbrauch und von der Auslandsnachfrage nach Produkten der Automobil-, Chemie- und Textilindustrie gestützt. Dagegen stagnierten die Investitionen noch immer, obwohl auch die letzten Unternehmensbefragungen optimistische Erwartungen zeigten. Die Auftragsbestände wurden zuletzt besser als im ersten Halbjahr beurteilt.

Bei niedrigen Lagerbeständen und nur noch geringem Kapazitätsspielraum würden bei anhaltendem Produktionsanstieg schon bald Produktionsengpässe entstehen, die zu neuen inflationären Impulsen führen könnten. Schon jetzt beschleunigt sich der Preis- und Lohnauftrieb wieder kräftig.

Die ungünstige Preisentwicklung, aber auch der starke Importanstieg erhöhen die Gefahr, daß es schon bald zu einer ausgeprägten Zahlungsbilanzkrise kommt. Die Regierung hat im Verlauf des Jahres mehrfach versucht, dieser Gefahr zu begegnen. Einem 50%igen Bardepot für Importe folgte eine Amnestie für illegal ausgeführtes Kapital im Falle eines Rücktransfers der Mittel, schließlich eine 7%ige

Steuer auf den Kauf von Devisen. Mitte Oktober wurde eine quantitative Begrenzung für Großkredite eingeführt (maximaler Zuwachs Juni 1976/77 = 11 vH). Tarif- und Steuererhöhungen sollen den Haushalt sanieren und den privaten Verbrauch sowie die Importe dämpfen.

Gelingt es der Regierung nicht, die „scala mobile“, den automatischen Teuerungsausgleich, für die mittleren und höheren Einkommen auszusetzen, so dürften alle Hoffnungen auf eine Begrenzung des Preisanstiegs und eine allmähliche Zunahme der Investitionen enttäuscht werden.

Bundesrepublik Deutschland: Aufschwung gewinnt an Tempo, Nachhaltigkeit aber ungesichert

Nach einem Stillstand in den Sommermonaten hat sich die wirtschaftliche Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland in letzter Zeit wieder belebt. Die jüngsten Indikatoren lassen den Schluß zu, daß im August der Anschluß an die konjunkturelle Aufwärtstendenz gefunden wurde, die bis zur Jahresmitte bestimmend gewesen war. Allerdings wird derzeit die Analyse des konjunkturellen Verlaufs der Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen wegen verschiedener Sondereinflüsse erheblich erschwert. Dies gilt nicht nur für die Auftragseingänge aus dem Ausland, die in den Monaten Juli und August wegen der Hereinnahme einiger Großprojekte im Kernreaktorbereich sprunghaft nach oben geschneit waren, wodurch die gegenwärtige Grundtendenz unbestimmbar geworden ist. Sondern es trifft – weniger gravierend – auch auf den inländischen Auftragseingang zu. So ist es unklar, inwieweit der in der jüngsten Zeit kräftige Anstieg im Investitionsgütersektor eine Nachfragebelebung bei den inländischen Investoren widerspiegelt; möglich ist auch, daß Unteraufträge, die im Anschluß an die aus dem Ausland hereingenommenen Großaufträge an Zulieferanten vergeben wurden, bei der registrierten Zunahme eine Rolle gespielt haben. An die Stelle der in den Herbstmonaten verbreiteten Unsicherheit darüber, ob sich der Konjunkturaufschwung überhaupt fortsetzen werde, tritt jetzt also eine Unsicherheit bei der Interpretation der – wieder günstiger gewordenen – Daten.

Diese Unsicherheit erstreckt sich allerdings allein auf die Intensität der konjunkturellen Aufwärtstendenz; daß nach der verhaltenen Nachfrageentwicklung im Sommer ein erneuter Anstieg der Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen eingesetzt hat, unterliegt keinem Zweifel. Vor allem gilt dies für die Auftragseingänge bei den Investitionsgüterindustrien. Hier ist besonders erfreulich, daß es nun nicht mehr

allein der Fahrzeugbau ist, der eine günstige Auftragsentwicklung verzeichnen kann, sondern daß auch Maschinenbau und elektrotechnische Industrie mehr Inlandsaufträge hereinnehmen konnten.

Weniger befriedigend verläuft die Nachfrage nach Erzeugnissen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Sie zeigt nun, nachdem sie bis zum Frühjahr im Gefolge der Wiederauffüllung von Lägern im Inland und Ausland kräftig gestiegen war, anhaltende Abschwächungstendenzen. Negativer Sonderfall ist dabei die Eisen- und Stahlindustrie, die auf den Inlands- und Auslandsmärkten unter erheblichem Konkurrenzdruck steht und es deshalb besonders schwer hat, Anschluß an die Zeit vor der Rezession zu finden.

Demgegenüber verzeichnen die Verbrauchsgüterindustrien auch in letzter Zeit eine insgesamt befriedigende Entwicklung der Nachfrage, auch wenn hier große Niveauschwankungen von Monat zu Monat immer wieder zu Zweifeln bei der Einschätzung der Grundtendenz Anlaß geben. Dies gilt insbesondere für die Auslandsnachfrage nach Konsumgütern; diese war jedoch von Mitte 1975 bis Frühsommer dieses Jahres besonders stark gestiegen, so daß für einige Zeit auch ein Verharren auf dem erreichten – saisonbereinigten – Niveau als „befriedigend“ zu werten ist.

Stellen erratische Schwankungen des gesamten Auftragseingangs bei der Industrie gegenwärtig die Nachfrageanalyse vor größere Probleme als üblich, so ist die Aufwärtstendenz bei der industriellen Produktion eindeutig. Das Anstiegstempo war hier in den letzten Monaten wieder ebenso groß wie vor der Sommerpause. Zur Produktionssteigerung haben besonders stark die Investitions- und die Verbrauchsgüterindustrien beigetragen, während im Grundstoffsektor die Erzeugung weiterhin stagnierte.

Den Umsatzdaten zufolge war noch immer die Produktion von Exportgütern bestimmend für die Zunahme der Gesamterzeugung. Die zuletzt gestiegenen Inlandsaufträge haben bei generell geringen Auftragsbeständen nicht zu nennenswerten Erhöhungen von Produktion und Umsätzen geführt.

Im Bauhauptgewerbe hat sich die Produktion nach dem Sommer ebenfalls wieder etwas belebt. Dazu mag beigetragen haben, daß nun auch für Bauten die mit der Investitionszulage gesetzten Termine näherrücken und die Aktivität insbesondere bei Hochbauten stimulieren. Die Grundtendenz im gesamten Baugewerbe ist jedoch — wie auch die in die Zukunft weisenden Indikatoren zeigen — eher negativ; in allen großen Bausektoren sind die Genehmigungen rückläufig. In der laufenden Bautätigkeit schneidet der Bau von Eigenheimen noch am besten ab, beim übrigen Wohnungsbau und insbesondere beim öffentlichen Bau sind dagegen die Bauleistungen rückläufig. Solange die schwache Baunachfrage der öffentlichen Auftraggeber anhält, ist mit einer grundlegenden Verbesserung der Lage der Bauwirtschaft nicht zu rechnen.

Aber auch über die Bauaufträge hinaus gibt der aktuelle und absehbare Verlauf der gesamten Staatsnachfrage zunehmend Anlaß zu kritischer Beurteilung. In realer Betrachtung zeichnet sich eine Stagnation und in Teilbereichen sogar eine Schrumpfung der Staatsnachfrage ab. Für die Fortsetzung des Aufschwungs bei befriedigendem Expansions-tempo wäre eine solche Entwicklung nur dann unschädlich, wenn sie von einer kräftigen Aufwärtsbewegung anderer Komponenten der Endnachfrage begleitet würde.

Bisher hat sich die Ausfuhr als eine Stütze des Aufschwungs bewährt. Ob sie diese Rolle in der nächsten Zeit in gleicher Weise wie bisher spielen kann, erscheint jedoch fraglich. Konjunkturelle Schwächeanfänge in einigen wichtigen Abnehmerländern sprechen dafür, daß sich die bisher sehr starke Expansion der Auslandsnachfrage verlangsamen wird.

Der private Verbrauch wirkte bisher nicht als Konjunkturstimulanz. Der reale Einzelhandelsumsatz war nach der Urlaubszeit kaum höher als zu Jahresbeginn. Dazu kommt, daß die konjunkturelle Breitenwirkung der privaten Verbrauchsausgaben durch die anhaltende Konzentration auf wenige Gütergruppen, vor allem Kraftfahrzeuge und elektrotechnische Gebrauchsgüter, gemindert wird.

Die Stabilisierung des inländischen Preisniveaus hat sich zügig fortgesetzt: Der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung hat im November — und im Vorjahresvergleich — nur noch 3,7 vH betragen. Entscheidend für die Stabilisierungstendenz war die Verringerung des Preisanstiegs für industrielle Gebrauchs- und Verbrauchsgüter auf der Erzeugerstufe, zu der — neben einer Beruhigung des Kostenauftriebs — auch die starke Konkurrenz ausländischer Anbieter beigetragen hat. Dazu haben die nachgebenden Preise bei den saisonabhängigen Waren eine beachtliche Rolle gespielt. Die Dämpfung des Kostenanstiegs in der Industrie wie auch in der gesamten Wirtschaft ist nicht allein Resultat der in diesem Jahr deutlich verringerten Nominallohnsteigerungen, sondern auch der beträchtlichen Produktivitätsfortschritte. Die negative Seite dieser Erschließung von Produktivitätsreserven im Aufschwung ist die sehr langsame Besserung der Lage am Arbeitsmarkt.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit kommt saisonbereinigt nur schleppend voran. Nur die Bedeutung der Kurzarbeit konnte bisher spürbar vermindert werden. Auch wenn zu erhoffen ist, daß die Bereitschaft zur Kapazitätserweiterung und damit zur Einstellung neuer Arbeitskräfte in der Industrie bei einem weiteren Konjunkturaufschwung wächst, wird sich die Situation in großen Bereichen — insbesondere in den Angestelltenberufen — nicht sehr schnell entspannen. Für das Jahresende 1976 zeichnet sich eine Arbeitslosigkeit von 1 bis 1,1 Million ab, viel mehr, als nach einem Aufschwung von dann eineinhalb Jahren Dauer erwartet werden durfte.

Ausblick

Die konjunkturelle Situation ist zum Jahresende durch eine wieder stärkere Belebung von Nachfrage und Produktion in der Industrie gekennzeichnet. Die Gefahr, daß diese Belebung nicht von Dauer sein wird, wenn die Dispositionen der Unternehmer nicht durch eine entsprechende Zunahme der Endnachfrage — privater Verbrauch, Staatsausgaben — gerechtfertigt werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Der in der Wirtschaft noch immer verbreitete Pessimismus beruht sicherlich auch auf der zu geringen Expansion in diesen Bereichen. Hinzu kommen die mit der weiteren Entwicklung der Auslandsnachfrage verbundenen Risiken und deren negative Ausstrahlungen. Es ist in dieser Phase noch nicht begründet, von einem sich selbst tragenden Aufschwung zu sprechen. Dies hat wirtschaftspolitische Konsequenzen. So wäre es verfehlt, sich bei den Bemühungen

um eine Konsolidierung der Staatsfinanzen darauf zu verlassen, die Wirtschaft könne die restriktiven Wirkungen, die mit der öffentlichen Sparsamkeit verbunden sind, schon ohne Einbußen an Produktionswachstum verkraften. Gerade wenn der Export wegen der konjunkturellen Abschwächung im Ausland an Triebkraft verlieren sollte, würde sich diese Hoffnung bald als verfehlt erweisen. Zu abrupte Einschränkungen der öffentlichen Ausgaben können wie „negative“ Konjunkturprogramme wirken. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muß in Etappen erfolgen, bei denen die gesamtwirtschaftlichen Belange beachtet werden. Sonst würde neben

anderen Zielen die Konsolidierung selbst — von der Einnahmenseite her — verfehlt.

Es ist eindeutig, daß sich die Bundesrepublik einen Rückschlag im Aufschwung nicht leisten kann, der die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit auf absehbare Zeit unmöglich machen würde. Ausweitung, nicht Einschränkung der öffentlichen Investitionen ist deshalb Hauptfordernis für die Sicherung des konjunkturellen Aufschwungs. Das bedeutete auch für die Finanzpolitik das unter mittelfristigen Aspekten notwendige Einschwenken auf eine Linie, die für die Geldpolitik schon gilt: Verstärkung des Wachstums, nicht Stagnation.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5. Seit 1975 sind erschienen:

- Nr. 106 **Inflations- und Strukturwirkungen von Verteilungs- und Verwendungskonflikten in den vier großen EG-Ländern.** Von M. Teschner. 162 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 107 **Verteilung von Entwicklungshilfe nach Empfängerländern: Probleme der Formulierung operationaler entwicklungsbezogener Strategien.** Von Hans J. Petersen. 131 S. 1975. DM 48,60.
- Nr. 108 **Die Entwicklung des Lebensstandards in den osteuropäischen Ländern.** Von M. E. Ruban, M. Lodahl, H. Machowski, H. Vortmann. 176 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von B. Bartholmai. 125 S. 1975. DM 38,60.
- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 115 S. 1975. DM 26,60.
- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland — Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.
- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von D. Cornelsen, H. Machowski und K. E. Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.

Im Druck:

- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland.** Von H. Wilkens.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D 1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter,

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D 1000 Berlin 33
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer: Aufschwung in kritischer Phase bearbeitet von Manfred Teschner und Joachim Volz. —

Bundesrepublik Deutschland: Aufschwung gewinnt an Tempo, Nachhaltigkeit aber ungesichert bearbeitet von Jürgen Kunze.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D 1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D 1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.